



„Mit einer Straßenumbenennung wird ja niemand bestraft. Es fällt nur eine Ehrung weg.“

Kleiner hätte der Sitzungssaal nicht sein dürfen: Die Zuschauerränge voll besetzt, fast alle Gemeinderäte zum großen Auftritt versammelt, eine Spannung im Raum, dass es fast knisterte: Es ging um die finale Behandlung eines Dauerbrenners: die Straßenumbenennungen für die Madeleine-Ruoff-Straße und die Holthaus-Straße. Kaum ein anderes Thema hat die Bürgerschaft emotional so angezündet wie die Umbenennung einer Verbindungsstraße und einer unbedeutenden Stichstraße. Die Umbenennung der Ploetzstraße hatte die Gemeindeverwaltung ja schon mit dem Hinweis auf eine Sitzung aus dem Jahre 2002 abgeräumt. So lange reicht das Gedächtnis des Rathauses.

Das Ergebnis der Sitzung in Kurzfassung: Es wird in Herrsching keine Straßenumbenennungen geben. CSU, SPD, FDP und Bürgermeister haben sich gegen die Stimmen der Grünen und der Bürgergemeinschaft Herrsching durchgesetzt. Als Grund für die Kehrtwende gaben Bürgermeister und CSU-Fraktionssprecher Bader an, die Anwohner hätten sich mehrheitlich gegen eine Umbenennung ausgesprochen. Hier die Zusammenfassung der Diskussion im Gemeinderat:

Bürgermeister Schiller eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis, dass das Thema schon seit 2022 in Herrsching diskutiert werde. (Anmerkung: Die Forderung einer Umbenennung hatte die Bürgergemeinschaft Herrsching seit langem offensiv gefordert). Schiller informierte darüber, dass alle Anlieger der beiden Straßen angeschrieben und um ihre Meinung gebeten worden seien. Von den 300 Anliegern hätten sich rund 200 zu Wort gemeldet. Von den Angeschriebenen der M-R-Straße waren 36 mit einer Umbenennung einverstanden, 111 dagegen. Die Kermanik-Straßen-Anlieger lehnten eine Umnummerierung ihrer Häuser mit 6 zu 1 ab.

Auch die Anlieger der Erich-Holthaus-Straße waren mehrheitlich gegen eine Umbenennung (24 zu 5). Zu Wort gemeldet hatte sich auch die Familie Zauscher, die wohl Nachfahren von Madeleine Ruoff sind. Diese Stellungnahme lag der Presse aber aus unbekanntem Gründen nicht vor. Schiller deutete an, dass bei einer Umbenennung ein Prozessrisiko bestehe (Anmerkung der Redaktion: Die Rechtsprechung ist hier unzweideutig: Einsprüche dieser Art haben nur eine minimale bis gar keine Chance).

Schiller deutete das Umfrageergebnis als „eindeutig“. Der Gemeinderat könne nun sagen, dass ihn die Stellungnahmen der Bürger nicht interessierten. Er räumte ein, dass er in der Sitzung vom 29. September letzten Jahres für eine Umbenennung gestimmt habe (damals waren 17 Räte dafür, nur zwei dagegen). Er aber wolle nicht über das Bürgervotum hinweggehen. Dann verwies er noch auf Pöcking, das die Hindenburgstraße bis heute nicht umbenannt habe.

In der anschließenden Debatte durften weder mitdiskutieren noch mitabstimmen: die Gemeinderäte Sigl, Welsch und Wolfgang Darchinger sowie die Gemeinderätin Hannelore Doch, weil sie in den betreffenden Straßen wohnen beziehungsweise arbeiten.

Rainer Guggenberger eröffnete die Diskussion mit einer Frage, die wahrscheinlich jedem Zuhörer auf der Zunge lag: „Warum stimmen wir eigentlich über die Umbenennung noch einmal ab, obwohl der Grundsatzschluss doch bereits gefallen ist?“

Am 29. September 2025 hatte der Gemeinderat beschlossen: „Der Gemeinderat beabsichtigt, die Madeleine-Ruoff-Straße in Keramikstraße umzubenennen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anhörung der Beteiligten...durchzuführen.“ 17 Gemeinderäte waren damals dafür, zwei dagegen. Noch klarer war das Votum für die Erich-Holthaus-Straße: 20 waren für eine Umbenennung in Gachenaustraße, zwei dagegen.

Es wurde damals sogar über eine Entschädigung für Privathaushalte und Gewerbetreibende gesprochen (Firmen sollten entschädigt werden).

Nun gab es einen nicht aufgelösten Widerspruch: Der Beschluss aus dem Jahre 2002, die Alfred-Ploetz-Straße in Ploetzstraße umzubenennen, darf nicht noch einmal aufgeschnürt werden, der Beschluss vom September letzten Jahres aber stand zur Disposition, obwohl es keinen neuen Sachverhalt gab (das Ergebnis einer Anhörung ist für den Gemeinderat nicht verbindlich).

Der FDP-Gemeinderat Alexander Keim, der sich in allen Debatten strikt gegen Umbenennungen ausgesprochen hatte, gab zu Protokoll: „Wir (von der FDP) gehen da nur mit, wenn auch über die Schenkungen der Madeleine Ruoff an die Gemeinde gesprochen wird.“ Den Zusammenhang von einer historischen Schuld und einer großzügigen Grundstücksspende erläuterte er nicht.

Susanne Hänel (BGH) meldete sich dann mit einem klaren Statement zu Wort: „Eine Straßenumbenennung ist eine politische Entscheidung des Gemeinderates. Und ich bin für eine Umbenennung.“

Gerd Mulert (Grüne) stimmte ihr zu: „Ich habe mir die Mühe gemacht, alle Stellungnahmen der Bürger zu lesen (Anm. der Redaktion: Die Bürgerkommentare lagen den Presseunterlagen nicht bei – angeblich aus Datenschutzgründen). Und mir sind keine neuen Aspekte in den Papieren aufgefallen.“

Wolfgang Schneider (SPD), machte sich die Argumentation der Umbenennungsgegner zu eigen, dass Straßennamen ein historisches Erinnerungszeichen seien. „Wenn wir jetzt die Madeleine-Ruoff-Straße umbenennen, weiß in drei Jahren niemand mehr, warum.“ Er plädierte für ein Erinnerungstool wie beispielsweise den QR-Code, der zu den Forschungen der Gemeindecarchivarin Dr. Friederike Hellerer führt.

Thomas Bader (CSU) sagte, dass der Bürger ein klares Votum an den Gemeinderat gesendet habe. „Wir können die Namen so lassen, wie sie sind.“

Rainer Guggenberger (BGH) verwies in der Entgegnung auf die Münchner Meiserstraße, die der Stadtrat 2010 in Katharina-von-Bora-Straße umbenannte, weil der evangelische Bischof Meiser in der NS-Zeit antisemitische Hetze betrieben hatte. Eine Klage eines Meiser-Verwandten hatte der bayerische Verwaltungsgerichtshof abgewiesen, weil keine Herabwürdigung des Toten vorliege. Guggenberger brachte die Diskussion auf die Formel: „Mit einer Umbenennung wird ja niemand bestraft. Es fällt nur eine Ehrung weg.“ Dass die betroffenen Bürger Umbenennungen ablehnten, sei ja klar, dabei sei der Aufwand, die neue Adresse zu kommunizieren, minimal. Zusammenfassend sagte er: „Wir feiern im Sommer das 1250. Gründungsjubiläum von Herrsching. Wir sollten deshalb endlich einen Schlusstrich unter die Sache ziehen.“

Hans-Hermann Weinen (SPD) sprang seinem Fraktionskollegen Schneider bei und bekundete in einem gewundenen Statement, dass er sich „schwer tut mit einer Namensänderung.“ Weinen ist Diakon der evangelischen Kirche, die an der Madeleine-Ruoff-Straße liegt. Streng genommen müsste er auch als befangen gelten.

Jan Grunwald (Grüne) stellte die Diskussion wieder vom Kopf auf die Füße: „Wenn eine Straße nach einem Bürger benannt wird, ist das eine Ehre, keinesfalls aber ein „Mahnmal“.

Johannes Puntsch (FDP) regte eine längere Übergangsfrist für die alten Straßennamen an.

Gerd Mulert (Grüne) griff die versöhnliche Geste von Puntsch auf und schlug vor, den alten Namen nicht verschwinden zu lassen, sondern den neuen Namen über die alte Bezeichnung zu montieren, so wie es im Foto oben zu sehen ist.

Der Gemeinderats-Senior Hans-Jürgen Böckelmann meldete sich dann mit einem energischen und klaren Bekenntnis zu Wort: „Wenn Anwohner politisch so unempfindlich sind, dann kann ich das nicht akzeptieren.“ Er kritisierte noch einmal – emotional angefasst – den Gemeinderatsbeschluss von 2002, die Alfred-Ploetz-Straße einfach in Ploetzstraße umzubenennen: „Das war ein fauler Kompromiss.“

Bürgermeister Schiller verwies noch einmal auf das klare Votum der Anlieger, ging aber nicht auf eine frühere Befragung auch unbeteiligter Bürger ein, die einen klaren Trend zur Umbenennung ergab: Von 127 Einsendungen sprachen sich 79 (mit Partner/in 86) für neue Straßennamen aus. Das sind 62 beziehungsweise 67 Prozent).

Das Ergebnis der Abstimmung (nach **Leo Grubers** Forderung mit namentlicher Erfassung) war dann auch keine Überraschung mehr: Der Block aus CSU (sechs Stimmen, weil sich Hannelore Doch enthalten musste), FDP, SPD und Bürgermeister ergab eine Mehrheit von 11 Stimmen gegen eine Umbenennung. Sieben Rätinnen und Räte stimmten für eine Umbenennung: Alle Grünen, (Darchinginger musste sich enthalten) und alle drei BGH-Vertreter (Gruber war in Urlaub) traten geschlossen auf. Bei der Abstimmung über die Erich-Holthaus-Straße lautete das Abstimmungsergebnis 8 zu 12 (hier durfte nur Doch nicht mitstimmen).

Historische Anmerkung: Die Umbenennung der Keramischen Straße in „Madeleine-Ruoff-Straße“ geschah während der zweiten Amtszeit Ludwig Schertels als Bürgermeister der Gemeinde Herrsching. Schertel war schon in den Jahren 1937 bis 1945 Bürgermeister gewesen und hatte einen guten Kontakt zu Madeleine Ruoff gepflegt. Er hatte auch die Verleihung der neugeschaffenen Bürgermedaille an sie initiiert. Dieser Link führt zu den Forschungen der Gemeindecarchivarin Dr. Friederike Hellerer:

<https://herrsching.online2023/10/21/strassennamen-unter-ns-verdacht/>

Category

1. Gemeinde

Date

03/05/2026

Date Created

16/03/2026